

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2022 / Ausgabe 153 - 13. April 2022



IN DIESER AUSGABE

Russischer Angriffskrieg

Energieversorgung

Corona

Haushalt

Aufarbeitung Bundestagswahl

17. Bundesversammlung

Ostergruß

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

LIEBE FREUNDE,

Russischer Angriffskrieg. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zielt auch auf unsere Freiheit! Wladimir Putin will durch militärische Aggression die Grenzen in Europa neu ziehen und die Friedensordnung destabilisieren.

„Das noch junge Jahr hatte ohne Zweifel bereits einiges zu bieten. Ereignisreiche und intensive Wochen liegen schon jetzt hinter uns. Meine Befürchtung aber ist, dass noch größere Herausforderungen und Prüfungen vor uns liegen.“

Corona. Da man sich innerhalb der Ampel-Fraktionen nicht auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf für eine Impfpflicht verständigen konnte, geisterten bis kurz vor Abstimmungsbeginn verschiedene Gruppenanträge durch den Bundestag. Die Entscheidung über diese Anträge wurde von den Ampelspitzen mangels eigener Mehrheit zur pseudo-Gewissenfrage erklärt, das völlige Führungsversagen der Bundesregierung künstlich zur Sternstunde des Parlaments stilisiert.

Haushalt. Wie nicht anders zu erwarten, entpuppt sich der vorgestellte Bundeshaushalt sehr schnell als „Mogelpackung“. Aber nicht die Regierung, sondern das Parlament legt fest, wofür das Geld der Steuerzahler verwendet wird. In unserer Rolle als Opposition haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion das gemacht, was eine gute Opposition tun muss, wir haben beim Haushalt genau hingeschaut und gravierende Mängel beanstandet.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zielt auch auf unsere Freiheit! Wladimir Putin will durch militärische Aggression die Grenzen in Europa neu ziehen und die Friedensordnung destabilisieren. Drei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes ist die Bedrohung im Osten Europas größer als zu Hochzeiten des Kalten Krieges.

Uns erreichen täglich schreckliche Bilder zerstörter Städte und Dörfer. Aber Putin und seine Schergen haben sich verkalkuliert. Weder konnte die Ukraine im Handstreich genommen werden, noch wurden die russischen Truppen, wie in der Kreml-Propaganda lanciert, als Befreier empfangen. Im Gegenteil, die ukrainischen Streitkräfte und die Bevölkerung leisten heftigen Widerstand gegen die Invasoren. Um den Kampfesgeist der Bevölkerung zu brechen, wendet die russische Armee perfide Taktiken an, die in Tschetschenien, Georgien und Syrien perfektioniert wurden. Da werden Krankenhäuser und Kindergärten bombardiert, Zivilisten verschleppt und ermordet. Seit kurzem hat das Grauen einen Namen: Butscha. In Friedenszeiten ein ruhiger Wohnort außerhalb von Kiew, rückte hier am 27. Februar die russische Armee ein und hielt das 22.000-Einwohner Städtchen bis zum 30. März besetzt. Nach dem Abzug der Russen bot sich der Weltöffentlichkeit ein Schreckensbild aus Tod und Verwüstung: Ermordete Zivilisten, manche am Straßenrand liegend, andere in hastig ausgehobenen Massengräbern verscharrt. Es sind nicht Dutzende, es sind

Hunderte — mindestens. Das wahre Ausmaß der russischen Kriegsverbrechen in Butscha, aber auch an anderen Orten in der Ukraine lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Eines steht aber schon heute fest: Ein Haufen disziplinloser Soldaten kann die Brutalität von Butscha nicht erklären. Die schrecklichen Ereignisse können keine zufällige Orgie der Gewalt sein. Wenn Hunderte von Menschen ermordet werden, dann geht das nicht ohne Befehl oder zumindest offizielle Duldung. Systematische Gräueltaten können auch in der russischen Armee nicht ohne Kenntnis der Führung geschehen. Butscha ist damit der Ausdruck einer Gewaltkultur, die sich seit Jahren innerhalb der russischen Armee breitgemacht hat und steht in einer Reihe mit den russischen Kriegsverbrechen in Grosny, Aleppo oder Homs.

Der 24. Februar 2022 ist das traurige Datum einer Zeitenwende. Dass Putin auch die EU- und NATO-Staaten im Baltikum als verlorenes russisches Gebiet ansieht, ist lange bekannt, wo Putins Hunger nach Gebiet und Einfluss Halt macht, das wissen wir hingegen nicht. Vermutlich nirgendwo, wenn wir ihm nicht Einhalt gebieten!

Der heldenhafte Kampf der Ukrainer ist uns Mahnung und Inspiration zugleich. Wir müssen uns von alten Gewissheiten und lieb gewonnenen Bequemlichkeiten verabschieden. Um es deutlich zu sagen, der Krieg in der Ukraine wird uns noch viele Anstrengungen abfordern. Die linke Ampel muss große Teile des Koalitionsvertrages neu schreiben, neben der Verteidigung gehört im Übrigen auch die Energiewende auf den Prüfstand. Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit und

kann nur mit Prävention, Vorsorge und glaubwürdiger Abschreckung gewährleistet werden – das haben die letzten Wochen auf traurige Art verdeutlicht.

In seiner Regierungserklärung am 27. Februar hat Scholz verkündet: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des BIP in unsere Verteidigung investieren.“ Diese Aussage muss gesetzlich verankert werden, damit sie nicht nur für die vergleichsweise kurze Laufzeit eines Sondervermögens, sondern auch nach Ausschöpfung des Kreditrahmens eingehalten wird. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion muss eindeutig fixiert werden, dass die 100 Milliarden Euro vollständig der Bundeswehr und ihrer Ausstattung zugutekommen - und zwar zusätzlich zu den „mehr als zwei Prozent“. Die vom Bundeskabinett vorgelegte Formulierung lässt hingegen auch andere Verwendungen zu. Wir werden auf gar keinen Fall einen Blankoscheck über 100 Mrd. Euro unterschreiben. Wenn die Ampel von „Zeitenwende“ spricht, muss sie diese Zeitenwende auch tatsächlich vollziehen. Die Diskussion über ein „Sondervermögen“ Bundeswehr wird erst der Anfang sein. „Sondervermögen“ bedeutet im Klartext: 100 Milliarden Euro mehr Schulden für den Bund und eine erneute Umgehung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Der Verteidigungshaushalt liegt momentan bei 50 Milliarden Euro im Jahr. Zwei Prozent des BIP sind gut 70 Milliarden Euro. Es geht also um eine jährliche Deckungslücke von rund 20 Milliarden Euro. Nun versuchen Vertreter der linken Ampel bereits vorzurechnen, das vorgesehene „Sondervermögen“ würde fünf Jahre

ausreichen, um unsere Bundeswehr angemessen und zufriedenstellend zu finanzieren. Die Ampel will an den 50 Milliarden des Verteidigungshaushaltes nicht rütteln. Die benötigten Anschaffungen sollen ausschließlich aus dem „Sondervermögen“ finanziert werden. Spätestens 2027 wären wir genau an dem Punkt von heute, nämlich einer strukturell unterfinanzierten und maroden Bundeswehr.

Die WELT meldete richtigerweise: „Jahrelang hatte die große Mehrheit der Sozialdemokraten das Zwei-Prozent-Ziel abgelehnt; die Fraktion war selbst einer Entscheidung zum Kauf von bewaffneten Drohnen ausgewichen.“ Was haben wir in der großen Koalition für endlose Debatten dazu geführt, aber die damalige Regierungschefin war nie bereit, hierfür einen ernststen Streit mit den Sozis zu riskieren.

Was wir wirklich brauchen, ist ein kontinuierlich anwachsender Verteidigungsetat im Bundeshaushalt. Dieser scheint aber in der Ampelkoalition nicht mehrheitsfähig zu sein. Nach meiner Auffassung können die von der Ampel vorgelegten Gesetzentwürfe mit Blick auf die Vielzahl an ungeklärten Punkten allenfalls ein Ausgangs-, aber kein Endpunkt von Gesprächen sein. In ihrer derzeitigen Fassung sind die Gesetzentwürfe nicht zustimmungsfähig. Wir müssen Scholz beim Wort nehmen: Jährlich mehr als zwei Prozent des BIP für Verteidigung, wie schon lange in der NATO vereinbart, plus 100 Milliarden Sonderkreditermächtigung, um Fähigkeitslücken zu schließen und

Verteidigungs- und Bündnisbereitschaft herzustellen!

ENERGIEVERSORGUNG

Infolge des Krieges in der Ukraine sind die Energiepreise auf historische Höchststände gestiegen. In der Energiepolitik müssen alle Handlungsoptionen zur sicheren Energieversorgung und zur Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten insbesondere von Russland auf den Tisch. Es gilt hier, schnell zu handeln, denn es ist nicht nur eine Frage der Energieversorgung, sondern ist auch für unsere Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze von elementarer Bedeutung. Wir brauchen eine Gasversorgung, die nicht von Gasimporten aus Russland abhängig ist und unsere Souveränität gewährleistet. Priorität hat das Abwenden der aktuellen Bedrohungen der sicheren Gasversorgung sowie die Gewährleistung mittel- und langfristiger Versorgungssicherheit im Gassystem. Denn die Bedeutung von Gas in unserem Energiemix wird in den nächsten Jahren immer weiter zunehmen. Um zu gewährleisten, dass unsere Gasversorgung sicher und bezahlbar bleibt, braucht Deutschland auch eine starke LNG-Anbindung. Die Bundesregierung muss die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen schaffen, um Investitionen in LNG-Terminals zu ermöglichen. Es braucht einen Schulterschluss mit der Wirtschaft und koordiniertes Vorgehen. Vor allem müssen sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Planung und Genehmigung zu beschleunigen.

Die links-gelbe Bundesregierung muss zudem unverzüglich ein nationales Sicherheitskonzept für die gesicherte Stromversorgung vorlegen und sowohl dauerhafte als auch vorübergehende Maßnahmen ergreifen, um die Kostenexplosion bei den Energiepreisen abzufedern. Das von der Ampel vorgelegte Entlastungspaket hingegen ist ein kunterbuntes unübersichtliches Gemisch ohne jegliche Langzeitwirkung für die Bürger. Das sogenannte Entlastungspaket geht komplett an der Lebenswirklichkeit und der akuten Notlage zahlreicher Unternehmen und von Millionen Menschen vorbei. Die beschlossenen Maßnahmen sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und lindern die massiven Preiserhöhungen nicht mal im Ansatz.

Die Senkung der Energiesteuer ist ein erster richtiger Schritt. Vorübergehend bringt eine Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe auch Entlastung. Dass die Zuverlässigkeit der Durchreichung an die Endverbraucher jetzt koalitionsintern Debatten auslöst, zeigt die Unausgegorenheit der mit heißer Nadel gestrickten Maßnahmen. Zielgerichteter für private Haushalte und Pendler wäre eine Senkung der Umsatzsteuer auf Benzin und Heizkosten. Allerdings bleibt die Ampel wie so oft auch hier- auf halbem Weg stehen. Die Energiepreispauschale ist ebenso ein Irrweg. 300 Euro pro Bürger klingen gut. Aber die Pauschale unterliegt der Einkommensteuer. Damit werden Abermillionen steuerpflichtig. Steuerpflicht bedeutet nicht nur ein Mehr an Bürokratie, sondern ein Weniger an Entlastung: Nur rund die Hälfte wird überhaupt bei den Arbeitnehmern

und privaten Haushalten ankommen. Bürger, die knapp unter der Freigrenze liegen, werden auf einmal steuerpflichtig. Und Betriebe, die ohnehin am Rande der Existenz stehen, zahlen noch drauf. Abgespeist werden Familien mit einem Einmalbonus. Eine zielgerichtete Familienpolitik braucht eine langfristige Strategie, damit Familien bei den extrem gestiegenen Preisen über die Runden kommen. Zur Existenzfrage für Verbraucher wird der Energieverbrauch in den eigenen vier Wänden. Eine Energiepreispauschale ist ein Zeichen. Ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Abfederung der Teuerspirale fehlt aber. Ebenfalls nur Schall und Rauch ist ein befristet vergünstigtes Monatsticket im ÖPNV.

Was wir nicht brauchen sind Bürokratiemonster wie das vom Finanzminister vorgeschlagene Rabattsystem für Benzin. Bürger und Betriebe brauchen umgehend schnelle und unbürokratische Entlastung bei Sprit und Energie. Und das geht ganz einfach: Steuern runter! Wer Bürgern und Betrieben helfen will, macht auch den zweiten Schritt: Keine Steuern auf Steuern und Abschaffung der CO₂-Abgabe.

Dass diese ohnehin schon unzureichenden Maßnahmen zudem erst in einigen Monaten in Kraft treten sollen, um zumindest zu einer geringfügigen Verbesserung zu führen, kommt einer Verhöhnung der Mittelschicht und des Mittelstands in Deutschland gleich. Bisher haben sich leider alle meine Befürchtungen bewahrheitet: Diejenigen, die vor der Wahl großspurig soziale Gerechtig-

keit und Entbürokratisierung versprochen haben, schaffen es nicht, unser Land verantwortungsgerecht zu regieren.

CORONA

Nach mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie wächst in mir die Hoffnung, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle das Schlimmste bald überstanden ist. Dennoch sollte auf Initiative des Bundeskanzlers und seines Gesundheitsministers die Impfpflicht in der letzten Sitzungswoche vor Ostern durch den Bundestag gepeitscht werden. Das ist gescheitert, die selbst ernannte Fortschrittskoalition schwer beschädigt! Der Bundeskanzler hatte den Vorschlag schon im November letzten Jahres, damals noch als Kanzler in spe, gemacht, jedoch ohne dafür einen Gesetzesentwurf seiner Regierung vorzulegen; der Bundesgesundheitsminister gefiel sich unverändert in seiner Rolle des besorgten Arztes, der die ganze Bundesrepublik Deutschland offenbar als ein einziges Krankenbett sieht und seine Therapieverordnungen vorzugsweise vom Talkshow-Podium aus verkündet. Da man sich innerhalb der Ampel-Fraktionen nicht auf einen gemeinsamen Gesetzesentwurf für eine Impfpflicht verständigen konnte, geisterten bis kurz vor Abstimmungsbeginn verschiedene Gruppenanträge durch den Bundestag. Die Entscheidung über diese Anträge wurde von den Ampelspitzen mangels eigener Mehrheit zur pseudo-Gewissenfrage erklärt, das völlige Führungsversagen der Bundesregierung künstlich zur Sternstunde des Parlaments stilisiert. Statt einer Sternstunde des Parlaments, konnte

man jedoch lediglich den desolaten Zustand einer völlig dysfunktionalen Koalition erleben. Am Ende stand die Ampelmehrheit nicht mal für einen Geschäftsordnungstrick, mit dem die Abstimmungsreihenfolge manipuliert werden sollte. Dass ich persönlich leider nicht gegen die Pläne der Ampel stimmen konnte, hielt ich für vertretbar, da ich parallel zur Abstimmung den Bundestag und die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer schon länger genehmigten Auslandsdienstreise beim 37. Space Symposium in Colorado Springs repräsentiert habe. Dies war nach zweijähriger Corona-Unterbrechung angesichts des Krieges in der Ukraine ein wichtiges Zeichen der Bekräftigung der transatlantischen Zusammenarbeit in der Raumfahrt. Dass keine Mehrheit für eine allgemeine Impfpflicht zustande kommen würde, war bei meiner Abreise bereits absehbar. Frau Baerbock wäre in dieser Lage bei vorhersehbarem Abstimmungsausgang auch besser bei der NATO-Tagung in Brüssel geblieben.

Ich selbst bin geboostert und genesen und hätte zu Beginn der Pandemie auch keine ernsthaften Einwände gegen eine allgemeine Impfpflicht erhoben. Nach anderthalb Jahren der Beteuerungen, dass solch eine Impfpflicht nicht kommen werde, hielt ich den Kurswechsel allerdings für sehr schwer vermittelbar. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht habe ich mitgetragen, da die betroffenen Berufsgruppen engen Kontakt zu kranken oder betagten Personen haben, die in besonderer Weise durch das Virus bedroht sind. Mittlerweile waren die Infektionszahlen zwar wieder stark

angestiegen, aber die Zahl der schwer Erkrankten stagniert auf niedrigem Niveau, eine Überlastung der Krankenhäuser ist von Einzelfällen abgesehen im Moment nicht zu beobachten. Da fällt die Abwägung gegen den Grundrechtseingriff einer Impfpflicht deutlich schwieriger aus.

Als Unionsfraktion haben wir deshalb in sorgfältiger Voraussicht ein Impfvorsorgegesetz vorgeschlagen, durch das zunächst alle Voraussetzungen für eine vielleicht im Laufe des Jahres notwendig werdende Impfpflicht gegen eine neue Mutante des Virus geschaffen würden, die dann schnell eingeführt werden könnte, vor allem ein Impfregister, das uns erst verlässlichen Aufschluss über die Impflage brächte. Leider wurde auch unser Vorschlag von der links-gelben Koalition abgelehnt. Wenn ihr auch selbst der Gestaltungswille abging, so zeigte sich die Ampel hier zumindest wieder vereint in ihrer Ignoranz.

In Deutschland kommt es damit zumindest vorläufig zu keiner Impfpflicht. Damit befinden wir uns übrigens auch in guter Gesellschaft: Die Zahl der Länder auf der Welt mit einer gesetzlichen Impfpflicht ist verschwindend gering. Länder mit einer Impfpflicht sind zum Beispiel Indonesien, Ecuador, Turkmenistan und Tadschikistan. Wir müssen nicht zwingend zu dieser Gruppe gehören.

Bei aller Aufregung über die gescheiterte Impfpflicht gehört zur Wahrheit leider auch, dass viele Unternehmen, Mittelständler und insbesondere zahlreiche Kleinunternehmen sich noch lange nicht von den Auswirkungen der Corona-Pandemie erholt haben. Aktuell kommen erschwerend auch noch die explodierenden

Energie- und Rohstoffpreise dazu. Unternehmer, die nach wie vor von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind und die einen Umsatzrückgang von mindestens 30 Prozent gegenüber den entsprechenden Monaten 2019 aufzeigen, können seit dem 01. April 2022 Anträge auf die bis Ende Juni verlängerte Überbrückungshilfe IV auch für die Monate April bis Juni 2022 stellen. Neben der Überbrückungshilfe IV wurde auch die Neustarthilfe 2022 mit dem Bund-Länder-Beschluss vom 16. Februar 2022 bis Ende Juni 2022 verlängert. Das Wirtschaftsministerium hat die Antragstellungen unter folgendem Link freigeschaltet:

www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/antrag-ueberbrueckungshilfe-4-2022324

HAUSHALT

Die Ampel hat vor kurzem ihren Haushalt für 2022 vorgestellt. Wie nicht anders zu erwarten, entpuppt sich der vorgestellte Bundeshaushalt sehr schnell als „Mogelpackung“. Aber nicht die Regierung, sondern das Parlament legt fest, wofür das Geld der Steuerzahler verwendet wird. In unserer Rolle als Opposition haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion das gemacht, was eine gute Opposition tun muss, wir haben beim Haushalt genau hingeschaut und gravierende Mängel beanstandet. Die Union hat zudem unmissverständlich klar gemacht, dass wir nicht die Mehrheitsbeschaffer für die Ampel-Koalition und deren haushälterischen Träumereien sind. Dieses klare Bekenntnis begrüße ich!

Erst die Corona-Pandemie, jetzt die Invasion Russlands in die Ukraine – all dies hinterlässt Spuren in vielfältiger Form. Konnten wir durch finanzielle Solidität und guter Wirtschaftsentwicklung in der 18. und 19. Legislaturperiode in den meisten Jahren Haushaltsüberschüsse verzeichnen, so haben sich ab dem Bundeshaushalt 2020 die Vorzeichen ins Negative verkehrt. Corona bedingte Unterstützungsmaßnahmen gepaart mit einer schlechteren Wirtschaftsentwicklung führten bisher zu einer Neuverschuldung des Bundes von gut 345 Mrd. Euro in den Jahren 2020 und 2021. Die sich hieraus ergebenden jährlichen Tilgungsbeträge liegen bei rund 9 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2028 bis 2058.

Weitere Schulden für den Bundeshaushalt 2022 sind in Planung, wenn auch deren genaues Volumen wegen des ausstehenden Ergänzungshaushalts noch offen ist. Doch auch hierfür werden wir Tilgungsleistungen im einstelligen Milliardenbereich erbringen müssen. Damit steigen die Belastungen und die Haushaltsrisiken auf mindestens 15 Mrd. Euro p.a. ab dem Zeitraum 2028. Dies sind allein die voraussehbaren Haushaltsrisiken – je nach gesamtwirtschaftlicher Entwicklung, politischer Prioritätensetzung, der Realisierung von Wahlkampfversprechen, steigenden Zinsen oder weiterer unerwarteter „Ereignisse“ werden sich die Haushaltsrisiken vergrößern. Die jetzt schon angespannte Haushaltssituation wird sich dann noch einmal deutlich verschärfen.

Wir müssen nach dem Ende der Krisen unbedingt wieder auf den haushaltspolitischen Tugendpfad zurückkehren. Es

wird definitiv nicht mehr wie in den zurückliegenden Legislaturperioden alles Gewünschte und Gewollte zu finanzieren sein – Prioritäten müssen gesetzt und Finanzillusionen beendet werden. Kurz gesagt: Die „fetten Jahre“ sind auf absehbare Zeit vorbei.

Die Union spricht sich für solide Staatsfinanzen aus. Wir stehen zur grundgesetzlichen Schuldenbremse und wollen die schnellstmögliche Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten ohne Schulden. Der Verzicht auf neue Schulden unterstützt dauerhaft tragfähige Finanzen und ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Der Scholz-Regierung fehlt es offensichtlich an Klarheit und Führung. Denn anstatt den Menschen in unserem Land zu sagen, was wirklich wichtig ist und wofür Geld ausgegeben werden soll, flüchtet sich die links-gelbe Bundesregierung in rekordverdächtige Neuverschuldungen und legt einen Haushalt vor, der keine Antworten auf die derzeitigen Herausforderungen gibt und im parlamentarischen Verfahren – wie Bundesfinanzminister Lindner selbst ankündigt – umfangreich überarbeitet werden muss.

Die jetzt beginnenden Wochen der Haushaltsberatungen werden wir gezielt nutzen, um als konstruktive Opposition der Ampel-Koalition etwas entgegenzusetzen, wenn diese alle finanziellen Herausforderungen mit zusätzlicher Verschuldung lösen will.

AUFARBEITUNG BUNDESTAGSWAHL

Die Arbeit im Aufarbeitungsteam ist abgeschlossen, ich habe mich in meiner Arbeitsgruppe („Botschaften, Inhalte, Themen: Warum CDU wählen?“) mehrfach tatkräftig und schonungslos eingebracht. Von den vielen E-Mails die ich nach meinem Aufruf im November letzten Jahres von Ihnen erhalten habe, bin ich nach wie vor überwältigt und ich kann Ihnen versichern, dass fast alle Punkte, die mich in Bezug auf die Erneuerung der CDU erreicht haben, von mir offen und unverblümt an den richtigen Stellen platziert wurden.

Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass die Gründe für die Wahlniederlage vom 26. September 2021 hauptsächlich in einer Kombination aus der Personalentscheidung für einen wenig zugkräftigen Spitzenkandidaten, einer kaum beherrschbaren Negativspirale der öffentlichen Meinung, einer Wahlkampfführung ohne zureichende Strategie sowie einer mangelnden Mobilisierung der Unionsmitglieder zu finden sind. Um zu alter Stärke zurückzufinden, müssen wir meiner Überzeugung nach wieder auf die Themen setzen, die früher unser Markenkern waren: Innere und äußere Sicherheit, soziale Marktwirtschaft, Wohlstand für alle und Freiheit in Verantwortung. Außerdem brauchen wir ein starkes inhaltliches Fundament, klare Botschaften, eine Verankerung in gesellschaftliche Gruppen hinein und eine aktive Mobilisierung unserer Unterstützer.

Damit die Union wieder mit einer zukunftsorientierten, gestaltungswilligen

und handlungsfähigen Christdemokratie in Verbindung gebracht wird, schlägt die Kommission zur Aufarbeitung zahlreiche Handlungsempfehlungen vor: Durch regelmäßige Mitgliederbefragungen, mehr Teilhabe (auch) ohne Mitgliedschaft und zeitgemäße Mitmach-Formate erhofft sich die Union wieder mehr zielführende Impulse von der Basis. Auch die bessere Vernetzung der Verbände untereinander oder die finanzielle Unterstützung samt Verwaltungsentlastung der Kreisgeschäftsstellen sind wichtige Eckpunkte, die laut Kommission reformbedürftig sind. Die Union muss auch wieder für Zukunftsthemen stehen. Deshalb brauchen wir ein Grundsatzprogramm, das auf Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Umweltschutz, Zukunft des ländlichen Raums, Deutschlands und Europas Rolle in der Welt, Zukunft der Rente sowie die Frage der Generationengerechtigkeit setzt.

Dass auf Worte auch Taten folgen, ist mit unserem neuen Partei- und Fraktionsvorsitzendem Friedrich Merz sichtlich spürbar. Es war nur folgerichtig, dass Friedrich Merz nach dem eindeutigen Votum der Basis und seinem fulminanten Wahlergebnis von 94,6 % auf dem CDU-Parteitag nun auch Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagfraktion und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag ist. CDU-Parteivorsitz und der Vorsitz der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag gehören in eine Hand! Ich bin froh, dass wir schnell eine einvernehmliche Lösung für die Fraktionsspitze gefunden haben und uns Personalquerelen erspart blieben. Mehr denn je braucht es jetzt eine starke Opposition, die das Re-

gierungshandeln kritisch begleitet, Missstände aufzeigt und den Wählern ein attraktives Alternativangebot macht. Mit Friedrich Merz haben wir wieder eine Leitfigur, die die konservativen, liberalen und christlich-sozialen Strömungen bündelt. Diese Werte machen die Union aus und diese Werte müssen jetzt wieder deutlich sichtbar werden. Friedrich Merz ist dafür der richtige Mann! Davon bin überzeugt und guter Dinge, dass er die Union wieder auf Kurs bringen wird. Mit Frau Spiegel ist bereits das erste offenkundig überforderte Regierungsmitglied nach gut 120 Tagen ausgeschieden.

Auch wenn die Arbeit in der „Kommission Aufarbeitung“ fürs Erste abgeschlossen ist, können Sie jederzeit Beiträge, Ideen oder Input liefern. Mit Carsten Linnemann werde ich enge Tuchfühlung halten, der den weiterführenden Programmprozess in Zukunft verantworten wird.

17. BUNDESVERSAMMLUNG

Vor fünf Jahren war Frank-Walter Steinmeier der gemeinsame Kandidat der damaligen Koalition. In diesem Jahr hat die CDU/CSU-Fraktion darauf verzichtet, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Die Entscheidung, keinen Kandidaten zu nominieren, habe ich für falsch gehalten, völlig unabhängig davon, ob ein CDU/CSU-Kandidat nun eine Mehrheit gefunden hätte. Es ist immer Aufgabe der Opposition, Alternativen zur Regierungsmehrheit aufzuzeigen und ein konservativ-bürgerlicher Kandidat in der

Bundesversammlung wäre dazu eine gute Gelegenheit gewesen. Von Bundespräsident Steinmeier bin ich nicht überzeugt, ihm fehlt einfach Persönlichkeit und der große nationale Auftritt. Zudem nehme ich Herrn Steinmeier seine Rolle als Chef des Bundeskanzleramts (1999 bis 2005) unter Gerhard Schröder immer noch übel. Er hat damals das Ansehen von Altkanzler Helmut Kohl mit Füßen getreten. Hinzu kam seine liebedienerische Haltung gegenüber Putins Russland, die sich trotz seinem späten Irrtumseingeständnis als schädlich für das Ansehen unseres Landes erweist. Die drei anderen Kandidaten kamen für mich ebenfalls nicht in Frage, folglich habe ich mich bei der Wahl enthalten. Dass der Bundespräsident in seiner Dankesrede von der SED-Fortsetzungspartei aufgestellten Kandidaten besonders hervorgehoben hat, war ein unnötiges Blinken nach ganz links. Nachdem Steinmeier dann auch noch den Kandidaten der Kommunisten im Schloss Bellevue hofiert und anschließend eine Linksterroristin und Mörderin als „große Frau der Weltgeschichte“ gewürdigt hat, hat er mir innerhalb kürzester Zeit die Richtigkeit meiner Wahlentscheidung aufgezeigt.

Die Bundesversammlung wird aus den 736 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und ebenso vielen von den Volksvertretungen der 16 Bundesländer bestimmten Delegierten gebildet. Zu den Delegierten der Parteien zählen in der Regel auch prominente Gäste aus Sport, Kultur und Wissenschaft, die Linken

nutzten die ihnen gegebene Bühne selbstverständlich aus, um ein Klamauk-Schaulaufen zu veranstalten. Was anderes war wohl kaum zu erwarten.

Auch ohne einen überzeugenden Kandidaten aus den eigenen Reihen, halte ich die alle fünf Jahre zusammenkommende Bundesversammlung für ein geschichtsträchtiges Ereignis und wünsche dem gewählten Bundespräsidenten viel Glück, Erfolg und Gottes Segen bei seiner Amtsführung.

OSTERGRUß

Liebe Leser, Freunde und Unterstützer, das noch junge Jahr hatte ohne Zweifel bereits einiges zu bieten. Ereignisreiche und intensive Wochen liegen schon jetzt hinter uns. Meine Befürchtung aber ist, dass noch größere Herausforderungen und Prüfungen vor uns liegen.

An Ostern feiern wir den Sieg des Lebens über den Tod. Den Sieg über das Corona-Virus können wir leider noch nicht feiern. Trotzdem habe ich allen Grund zur Hoffnung, dass sich die Situation Schritt für Schritt verbessert und wir das Virus bald endgültig abschütteln können oder mit ihm zu leben lernen.

Fröhlich stimmt mich, dass in diesem Jahr die Ostergottesdienste wieder in den Kirchen stattfinden und die Menschen gemeinsam das Osterfest feiern können.

Das Fest der Auferstehung ist eine Wirklichkeit, die die menschlichen Horizonte der Angst und der Verzweiflung überschreitet und Hoffnung auf einen Neuanfang macht. Es gibt uns allen die Möglichkeit für kurze Zeit, innezuhalten und Ruhe und Einkehr zu finden, bevor uns der Alltag wieder einholt. Ihnen und Ihren Liebsten, wünsche ich ein frohes und gesegnetes Osterfest.

Bleiben Sie gesund!

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>